

EU4 C – Was Frieden schützt

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	11.09.2023
Tagesordnungspunkt:	3. Änderungsanträge zum Europawahlprogramm

Text

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt:
2 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie
3 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt
4 Europäische Union herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Freund*innen haben wir
5 diese Herausforderung angenommen – und halten stand.

6 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt immer
7 autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage. Chinas
8 Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften vor bedeutende
9 Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und Gesellschaften
10 derweil zu Recht faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.

11 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit den Folgen
12 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr deutlich:
13 Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen, um Europa in der
14 Welt sicherer zu machen.

15 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es in der Lage
16 ist, auch international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat
17 bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt
18 Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und
19 mit einer Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere
20 Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden
21 zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet
22 weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein
23 dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

24 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
25 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel durch
26 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland im
27 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre imperialen
28 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes
29 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa,
30 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
31 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene
32 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des
33 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv
34 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete
35 Widerspruch ist keiner.

36 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem wertegeleiteten und
37 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die
38 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter gestalten
39 wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts
40 wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

41 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
42 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu
43 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss aktiv um
44 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den
45 Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

46 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das macht es
47 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich
48 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und
49 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn
50 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in
51 der Außenpolitik umfassend vertreten sind.

52 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die
53 Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben durch
54 ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen
55 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu
56 klimaneutralem Wohlstand partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die
57 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die
58 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,
59 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei muss die EU
60 auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen
61 Investitionen für eine klimagerechte Entwicklung leisten.

62 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu
63 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere
64 Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen für uns
65 Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die
66 menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung
67 von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der
68 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von
69 jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen.
70 Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik ist Teil des
71 europäischen Versprechens.

72 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung gibt.
73 Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der
74 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt beantwortet
75 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über
76 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des ukrainischen
77 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der unermesslichen Leistung,
78 die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die europäischen Werte erbringt.

79 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die eigenen
80 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An diesem
81 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

82 1. Eine europäische Außenpolitik

83 Gemeinsam außenpolitisch handeln

84 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann.
85 Bisher braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27
86 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein,
87 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das
88 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge
89 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

90 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen die
91 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und
92 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen
93 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir stärken. Um eine
94 gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es einen echten europäischen
95 diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische Diplomat*innen Akademie fest
96 verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter Diplomaten*innen aus den
97 Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedstaaten wie Visafragen,
98 Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

99 Das Klima global schützen

100 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die
101 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie
102 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und Wasser.

103 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische
104 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir stehen für eine
105 EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer
106 beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei
107 der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten
108 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im
109 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-Dollar
110 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im
111 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt
112 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die
113 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern
114 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte Energiewende.
115 Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines Loss-and-
116 Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten Gemeinschaften
117 finanziell angemessen unterstützen soll.

118 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg aus fossilen
119 Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein verbindliches globales Ziel für den
120 Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür braucht es
121 zusätzliche Mittel zur ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische
122 Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an
123 der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

124 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen Kommission,
125 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale

126 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimacub kann dabei eine zentrale
127 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu
128 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum
129 voranzutreiben. Mit der geplanten Strategie für Klimaaußenpolitik kann die Bundesregierung
130 Deutschland zum Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

131 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme
132 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-
133 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am
134 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
135 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische
136 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

137 Global Gateway zum Erfolg bringen

138 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen
139 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der
140 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das chinesische
141 Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir zu
142 einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine Alternative zur
143 chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.

144 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
145 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz der
146 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von grüner Energie
147 in unserer Nachbarschaft fördern.

148 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit substanziellen
149 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen
150 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms weltweit und
151 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen Sondergesandten
152 dafür einrichten. Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und
153 alle Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern
154 nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei die
155 Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser
156 Klimaabkommens. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei
157 der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung
158 sicherstellen.

159 Internationale Organisationen stärken

160 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des
161 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in
162 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine überragende
163 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und ihre
164 Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen
165 wie dem UN-System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes
166 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine
167 Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen
168 gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen.

169 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits begonnen hat,
170 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen, um
171 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren
172 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
173 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die EU muss
174 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

175 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der Besetzung von
176 Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International Standardization
177 Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

178 Menschenrechte weltweit verteidigen

179 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
180 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen. Wir
181 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,
182 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir wollen die
183 Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen,
184 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell
185 stabilisieren und zugänglicher machen.

186 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und
187 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der Globalen
188 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von gezielten
189 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere
190 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind.

191 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer
192 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
193 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
194 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa
195 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten
196 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und
197 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die
198 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört
199 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
200 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
201 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-
202 Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-
203 Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu
204 erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

205 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

206 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
207 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte.
208 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und Krieg, aber
209 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen
210 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-
211 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe
212 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen
213 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein, die

214 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in
215 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen
216 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU
217 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind
218 Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

219 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen der EU
220 deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen bei allen
221 internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender und
222 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

223 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen
224 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur Istanbul-
225 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch
226 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und
227 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

228 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer
229 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet. Sie muss ihr selbst
230 gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur
231 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur Förderung
232 von Frauen bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und
233 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-Aktionsplan
234 für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

235 2. Eine europäische Sicherheitspolitik

236 Europa gemeinsam verteidigen

237 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen
238 geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen
239 können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit
240 liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer
241 Streitkräfte.

242 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto
243 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische Verteidigungsfähigkeit
244 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der
245 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind
246 dafür maßgebend.

247 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer starken
248 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum
249 Beispiel innerhalb von permanenten EU-Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame
250 Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen die gemeinsame
251 EU-Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum Beispiel
252 bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

253 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
254 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und personell.
255 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, einer
256 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit
257 orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen Parlament

258 begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die Unterstützung der Ukraine
259 im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für
260 Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst werden,
261 dass die Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.

262 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu
263 Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern in großem Maßstab. Unser Ziel
264 ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf
265 es finanzieller Anreize und Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die
266 industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer
267 Sicherheit zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher nicht
268 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden
269 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen Beschaffung
270 (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und die
271 parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

272 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument
273 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten militärischen
274 Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung bis hin zu Instandhaltung und
275 Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und abgestimmter Kontrolle des
276 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

277 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission Standardisierung,
278 Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame Einsatzfähigkeit von
279 Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten muss die Komplementarität mit
280 Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

281 Rüstungsexporte europäisch regulieren

282 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen schafft
283 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie auch den Druck, die Waffensysteme an
284 Drittstaaten zu exportieren, und ist somit auch ein Beitrag für eine gemeinsame
285 wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche
286 und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des
287 gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die
288 Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen
289 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen und vor dem
290 Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben. Vorgehende
291 Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen dabei
292 vorgeschrieben werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen
293 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression
294 nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive
295 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

296 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in
297 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen
298 fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen
299 (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum
300 Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel
301 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um
302 eine Regulierung von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von
303 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben und Tod
304 trifft.

305 Konflikten vorbeugen

306 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte
307 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für friedensfördernde
308 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche
309 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und Förderrichtlinien in
310 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der
311 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
312 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

313 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr
314 finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder das
315 Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen
316 Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine Neuausrichtung
317 der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

318 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
319 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche
320 Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen
321 und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

322 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe wollen
323 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie
324 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für humanitäre
325 Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren.
326 Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker
327 auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen zu
328 achten.

329 3. Globale Gerechtigkeit

330 Verlässliche Partnerin sein

331 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die
332 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit
333 stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern als
334 Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu
335 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine
336 gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen, dass die EU aktiv den
337 Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines
338 koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften
339 intensiviert. Dafür stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe unserer
340 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

341 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
342 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die
343 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren
344 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in
345 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die
346 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass
347 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen
348 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.

349 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die
350 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das
351 gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
352 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität
353 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und
354 unbürokratisch umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem den bedürftigsten Ländern
355 zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser
356 Klimaabkommens beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale
357 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als
358 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

359 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im entwicklungspolitischen
360 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in
361 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende Koordinierung,
362 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen,
363 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für
364 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament wollen wir
365 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

366 Ernährung global sichern

367 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle
368 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein
369 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur Umsetzung des
370 Rechts auf Nahrung beitragen.

371 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen Märkten ist
372 das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die
373 Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit
374 sollen verstärkt wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit
375 möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen,
376 patentiertes Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und Märkte
377 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen.
378 Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr unter Druck. Wir wollen den Auf- und
379 Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische
380 Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere
381 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in
382 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in
383 der EU verboten sind, wollen wir beenden.

384 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern muss dabei
385 im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen umgesetzt werden,
386 inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

387 Globale Verantwortung annehmen

388 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und ehemaligen
389 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
390 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten
391 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
392 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es
393 eine antirassistische Perspektive.

394 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den
395 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen
396 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die
397 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und
398 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich
399 evaluieren und weiterentwickeln.

400 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre
401 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die
402 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und
403 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN
404 angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten
405 unter Einbezug von privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass europäische
406 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was die
407 finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter einschränkt.

408 4. Fairer Handel

409 Mit Handel Wohlstand schaffen

410 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand mehren.
411 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche Säule
412 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken
413 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel ab. Es
414 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so
415 zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit
416 Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte
417 beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem
418 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

419 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir
420 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
421 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert
422 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei unterstützen,
423 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

424 Handelsinstrumente neu ausrichten

425 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der
426 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle
427 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser
428 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Klima- und
429 Umweltschutz, Zugang zu Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine faire
430 Entwicklung in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

431 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
432 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen daher
433 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien,
434 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich
435 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen.

436 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle zukünftigen
437 internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Im Falle eklatanter
438 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen, sollte
439 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen aussetzen. Das
440 kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild
441 für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

442 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
443 (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und
444 wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die
445 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

446 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem sie die
447 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in ihren
448 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige
449 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies erfordert
450 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen,
451 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler
452 Binnenmarkt.

453 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn der
454 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem Rat
455 der EU bestimmen.

456 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
457 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den fairen
458 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten Staaten einen
459 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer
460 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir
461 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles
462 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-
463 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von Handelspartnern wehren
464 kann.

465 Im Einklang mit dem Klima handeln

466 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken Kreislaufwirtschaft
467 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu
468 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl entstehen
469 können.

470 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um eine
471 faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem zu ergänzen
472 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement
473 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren
474 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie,
475 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz
476 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

477 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche
478 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies
479 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge. Der
480 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem

481 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir
482 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

483 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel, die
484 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

485 Auf faire Partnerschaften setzen

486 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik
487 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die Gesetze zur Regulierung der
488 europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen. Damit
489 übernimmt die EU Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping
490 zurückzudrängen.

491 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
492 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen angesehen
493 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und Gemeinschaften
494 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

495 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt. Produkte aus dieser
496 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-Importverbot
497 für Produkte aus Zwangsarbeit, welches gerade verhandelt wird, muss daher konsequent
498 umgesetzt werden.

499 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir fair gestalten.
500 Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des
501 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels
502 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die es
503 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu
504 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.

505 5. Mehr EU in Europa

506 Erweiterungsperspektiven

507 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse.
508 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es
509 unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare Kriterien für den
510 Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der
511 Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre
512 Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

513 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,
514 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis communautaire*,
515 vollumfänglich übernehmen.

516 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den langwierigen
517 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des europäischen
518 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den
519 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess mit
520 sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen, zum
521 Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein Stillstand der

522 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im Umkehrschluss zu
523 einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf dem Kampf gegen
524 Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-
525 Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die
526 Beitrittskandidaten und die von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

527 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre
528 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns
529 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits
530 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
531 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

532 Westbalkanstaaten

533 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,
534 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

535 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen
536 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses Beitrittsversprechen
537 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und
538 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
539 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

540 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter
541 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung
542 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess
543 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern,
544 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine
545 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan
546 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
547 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

548 Ukraine

549 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen
550 Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg mutig
551 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und
552 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

553 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und
554 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine
555 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale
556 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine,
557 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und
558 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
559 Sicherheitsgarantien.

560 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten
561 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf
562 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive Rolle
563 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene.

564 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine
565 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch
566 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle
567 Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen die russischen Angriffe zu stärken.

568 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische
569 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des
570 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über die
571 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und
572 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus der
573 Ukraine schaffen.

574 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU
575 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen
576 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den
577 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
578 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur
579 globalen Ernährungssicherung bei.

580 Georgien und Moldau

581 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von
582 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit Beginn
583 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen entschlossen
584 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und
585 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür
586 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020
587 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent unterstützen.

588 Europäische Nachbarschaft

589 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit
590 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

591 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von
592 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

593 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren
594 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft
595 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im
596 ausgeprägten europäischen Interesse.

597 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran arbeiten,
598 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche und
599 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen
600 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm
601 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung
602 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den
603 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

604 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg
605 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie kann in
606 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

607 Türkei

608 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige
609 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und
610 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in
611 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der
612 europäischen Familie hat.

613 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in
614 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.
615 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen
616 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die
617 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine schwierige
618 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.
619 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus
620 engagiert.

621 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin für die NATO,
622 für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE Außenpolitik.
623 Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst dann wieder
624 geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt.

625 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich
626 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der
627 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen
628 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen und andere
629 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir
630 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen aus
631 der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge
632 leisten.

633 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie und
634 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische Zivilgesellschaft,
635 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

636 6. Ein starkes Europa in der Welt

637 Die östliche Nachbarschaft der EU

638 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.
639 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen
640 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete
641 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die
642 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen
643 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische
644 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

645 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten
646 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und
647 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit
648 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die

649 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarussischen Regimes und
650 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

651 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des
652 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und
653 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir
654 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial
655 unterstützt.

656 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und
657 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Armeniens Weg
658 für mehr politische Teilhabe und persönliche Freiheiten wurde durch russischen Druck und den
659 Krieg um Bergkarabach massiv erschwert. Wir begrüßen daher die EU-Beobachtungsmission in
660 Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan und
661 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und dadurch
662 zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

663 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Sicherheit
664 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt, Lüge,
665 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot
666 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft.
667 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir
668 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
669 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
670 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
671 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
672 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

673 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen
674 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss
675 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

676 Transatlantische Beziehungen

677 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe
678 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach
679 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung auf
680 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

681 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere
682 europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben
683 die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu
684 verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die
685 derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die
686 klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen
687 Demokratie.

688 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und
689 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale
690 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.
691 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau
692 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln
693 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

694 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner
695 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um
696 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln.
697 Antiliberalen Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem
698 die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden entgegenzutreten.

699 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
700 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
701 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von
702 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.
703 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine
704 Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

705 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes
706 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Einer Vertiefung
707 der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn die soziale
708 und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

709 China

710 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch
711 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch
712 zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung in China. Sie
713 trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im
714 Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie
715 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen globalen
716 Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland. Deswegen setzen wir
717 uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für
718 einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung
719 des Verhältnisses zu China ein.

720 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei
721 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft
722 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,
723 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es
724 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die
725 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.

726 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das
727 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es
728 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für
729 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser
730 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer
731 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz
732 kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in
733 der gesamten EU gewährleistet werden.

734 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie
735 einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler Technologien. Mit
736 gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche
737 verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

738 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in der Provinz
739 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der
740 Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der
741 Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen
742 keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

743 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an, dass das
744 Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der
745 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als demokratischen
746 Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen
747 Austausch zu intensivieren.

748 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, der
749 Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und
750 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten. Dies
751 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz
752 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen
753 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für
754 Kooperation.

755 Naher Osten und Nordafrika

756 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die
757 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt, und
758 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir
759 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die
760 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
761 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der europäischen
762 Nahostpolitik stehen.

763 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Zusammenarbeit von
764 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um Strukturen
765 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

766 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für
767 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und
768 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
769 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere
770 Verantwortung.

771 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der
772 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu
773 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst
774 Fluchtgründe schaffen.

775 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit
776 gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit
777 braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und
778 demokratischen Staates Palästina.

779 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische Prinzipien
780 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass die
781 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und erweitert. Die
782 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem

783 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und
784 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
785 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen
786 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten.

787 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
788 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in der
789 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel
790 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

791 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug westlicher Truppen
792 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die
793 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die
794 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU
795 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei
796 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund
797 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres
798 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz und die
799 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen.

800 Afrika

801 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir
802 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren
803 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu
804 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in
805 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei
806 begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

807 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften, die dazu
808 beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir
809 wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit
810 verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort und ihrer
811 Nachbarschaft zur Verfügung stehen müssen.

812 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein Schritt in
813 Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives
814 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit
815 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen
816 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
817 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

818 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
819 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen Strukturen
820 geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und
821 demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen. Eine besondere Rolle
822 kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

823 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.
824 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der
825 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Im
826 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen wir Beziehungen gestalten, die von Respekt
827 und Gleichberechtigung getragen werden.

828 Indopazifik

829 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier
830 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

831 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,
832 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten intensivieren.
833 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und
834 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die
835 Menschenrechte stärken. Auch die tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im
836 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter
837 ausbauen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit
838 Japan als erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

839 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz
840 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen
841 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret und
842 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den
843 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region,
844 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

845 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir
846 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die
847 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die
848 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei
849 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren
850 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten
851 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die
852 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte
853 in Grenzregionen ein.

854 Lateinamerika

855 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere
856 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der
857 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU
858 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen
859 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

860 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter Druck, wie
861 beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt hat.
862 Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische Tendenzen und
863 Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft essenziell.
864 Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*,
865 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive
866 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

867 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die
868 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung
869 von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für nachhaltige
870 Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen
871 Bevölkerung muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

872 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um seine
873 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-Initiative der EU
874 kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften können nur dann erfolgreich
875 sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein substanzieller Teil der Wertschöpfung in
876 Lateinamerika verbleibt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten
877 der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare
878 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart werden.
879 Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer gleichwertigen
880 Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen wir sicher,
881 dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert und gleichzeitig Menschenrechte
882 garantiert und das Weltklima geschützt werden.